

Podiumsdiskussion mit Kreis Weseler Landtagskandidaten

Beim Salz-Abbau ist Schluss mit Harmonie

4. April 2022 um 14:57 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion im Xantener Schützenhaus (v.l.): Sascha van Beek (CDU), René Schneider (SPD), Renan Cengiz (Die Partei), Manuela Bechert (Die Linke) und Niels Awater (Grüne). Foto: Ostermann, Olaf (oo)

Xanten. Die Landtagskandidaten mehrerer Parteien haben in Xanten erklärt, wie sie den Nahverkehr verbessern oder die medizinische Versorgung sicherstellen wollen. Die Debatte lief lange harmonisch – dann attackierte die SPD die CDU.

Von Markus Werning

Verantwortlicher Redakteur Xanten/Rheinberg.

In NRW wird am 15. Mai der Landtag gewählt. Xanten gehört genauso wie Alpen, Rheinberg und Sonsbeck zum Wahlkreis 58 Wesel II. Mehrere Kandidatinnen und Kandidaten treten gegeneinander an. Aber welche Positionen vertreten sie? Um diese Frage zu beantworten, hatte der Sozialverband VdK die Vertreter von SPD, CDU, Grünen, FDP, Linke und von Die Partei am Sonntag zu einer Podiumsdiskussion ins Xantener Schützenhaus eingeladen. Die Debatte ging über fast drei Stunden. Wir dokumentieren, was die Kandidaten zu einigen Themen gesagt haben. Die FDP hatte kurzfristig aus Termingründen abgesagt.

Notarztstandort Der Kreis Wesel lässt die Einsatzzahlen der Notärzte in Xanten und Rheinberg auswerten. Nach Ansicht eines Gutachters sind es zu wenige für zwei Standorte. Er hatte empfohlen, dass sie nachts in Alpen zusammengelegt werden. Die Runde sprach sich dagegen aus, hier herrschte Einigkeit. Die Standorte müssten erhalten bleiben, um die Versorgung der Menschen im ländlichen Raum sicherzustellen, sagte Sascha van Beek (CDU). Im Notfall dürfe kein Patient zu spät erreicht werden, forderte Niels Awater (Grüne). Manuela Bechert (Linke) warnte vor einem „profitorientierten Denken“ in der Gesundheit. Die Standorte dürften nicht von der Anzahl der Einsätze abhängen. René Schneider (SPD) wies zusätzlich darauf hin, dass die Verantwortung beim Kreistag liege. Die Standorte blieben nachts nur erhalten, wenn geklärt werde, wer dafür bezahle – die beiden Städte oder der Kreis Wesel als Solidargemeinschaft. Er frage sich aber, warum überhaupt darüber diskutiert werde.

Nahverkehr Die Moderatoren sprachen die Kandidatin und die Kandidaten auf dieses Thema an, aber auch die erste Frage aus dem Publikum kam dazu: Erika Schweistal berichtete, dass sie vor zwei Jahren aus Erkelenz nach Xanten gezogen sei und sich in der Stadt wie am Ende der Welt fühle, weil es nur eine Zugverbindung gebe. In ihrer alten Heimat habe sie stattdessen „in alle Himmelsrichtungen“ fahren können.

Als Erster antwortete ihr van Beek. Auch er wünsche sich Zugstrecken in alle Himmelsrichtungen, aber es müsse bezahlbar sein, sagte der CDU-Kandidat. Er sei deshalb dafür, dass die bestehenden Routen zuverlässiger und besser an Drehkreuze angebunden würden. Schneider sagte, das Geld für die Schiene sei vorhanden, aber die Deutsche Bahn müsse schneller werden, was den Ausbau angehe. Ihre Prioritäten lägen auf dem Güter- und dem Fernverkehr, weniger auf dem Regionalverkehr. Bechert forderte, dass auch im ländlichen Raum jeder Mensch die Chance haben müsse, mit dem öffentlichen Nahverkehr sein Ziel zu bezahlbaren Preisen zu erreichen. Awater sprach sich für mehr Geld für die Bahn aus und dafür, dass stillgelegte Bahnlinien reaktiviert würden, selbst wenn sich diese Linien wirtschaftlich nicht rechneten, aber auch in diesen Regionen müsse es einen Nahverkehr geben. Renan Cengiz (Die Partei) erinnerte daran, dass die Deutsche Bahn früher ein staatliches Unternehmen war – damals „konnte man zu recht erschwinglichen Preisen ziemlich zuverlässig durch ganz Deutschland fahren“.

Infrastruktur In der Fragerunde des Publikums meldete sich auch Rolf Peter Weichold von den Xantener Grünen. Der Staat habe nicht unendlich viel Geld, deshalb werde es notwendig sein, den Straßenbau zu beschneiden, wenn der Nahverkehr ausgebaut werden solle. Bechert stimmte zu. Es müsse mehr Geld in den Bus-, Bahn- und Radverkehr gesteckt werden, nur dann sei ein klimafreundliches Fahren möglich, und Deutschland habe schon verhältnismäßig gute Straßen. Cengiz sagte, dass auch er dafür antrete, um vom Auto wegzukommen. „Da können wir von der Bahn lernen.“ Die Strecken seien immer weniger instandgesetzt worden, sodass Zugfahren unattraktiver geworden sei. „Genau das Gleiche können wir mit dem Auto machen.“ Ähnlich äußerte sich Awater: „Je unattraktiver die Straßen sind, umso mehr Menschen fahren mit der Bahn.“ Wenn über einen mehrspurigen Ausbau von Autobahnen nachgedacht werde, solle lieber parallel zur Straße eine Zugstrecke verlegt werden. „Jeder Kilometer mehr asphaltierte Straße bringt mehr Verkehr auf die Straße“, sagte auch René Schneider (SPD). „Davon müssen wir weg.“ Aber er mahnte: Viele Pendler seien noch auf das Auto angewiesen. Daran erinnerte auch Sascha van Beek. Bus, Bahn und Rad seien wichtig, die Landesregierung baue sie auch schon aus. Aber: „Wir brauchen das Auto noch. Wir kommen davon noch nicht weg, wir müssen die Straßen weiter ausbauen. Gerade wenn wir hier im ländlichen Raum Arbeitsplätze wollen, brauchen wir Straßen.“

Das könnte Sie auch interessieren



Salz-Abbau Durch den unterirdischen Abbau könnten noch in vielen Jahren Schäden an Straßen, Kanälen, Deichen und Häusern auftreten, aber wer dafür aufkomme, sei nicht geklärt, kritisierte Bechert. Es müsse unabhängige Sachverständige geben, die die Schäden beurteilten. „Das Unternehmen muss dafür geradestehen.“ Awater nannte den Salzbergbau einen wichtigen Industriezweig und erinnerte daran, dass das abgebaute Salz in der Wirtschaft gebraucht werde. Aber es könne nicht sein, dass eine Bergbau-Firma selbst entscheide, ob es für Schäden verantwortlich sei. „Das muss unabhängig untersucht werden, damit das Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden kann.“ Van Beek forderte längere Verjährungsfristen für Schäden und sagte, dass auch darüber nachgedacht werden müsse, die Genehmigung eines weiteren Salzabbaus an Bedingungen zu knüpfen – zum Beispiel daran, dass das Unternehmen der Schlichtungsstelle beitrete.

Daraufhin wurde Schneider laut: „Nach zwei Stunden ist Schluss mit Harmonie.“ Er ärgere sich darüber, dass die CDU den Eindruck vermitteln wolle, schon immer auf Seiten der Kritiker des Salzbergbaus gewesen zu sein. Früher sei er „allein auf weiter Flur“ gewesen. Dann sei die Bürgerinitiative gekommen. Dafür sei er ihr dankbar, sagte der Landtagsabgeordnete. Aber Christdemokraten habe er lange nicht gesehen. Nun übernehme van Beek sogar die Positionen anderer, während CDU-Minister sagten, dass keine Auflagen mit der Genehmigung des Salz-Abbaus verbunden werden könnten. Aber: „Ich glaube sehr wohl, dass es möglich ist“, sagte Schneider.

„Wow, jetzt wird es spannend, das gefällt mir gut“, sagte Cengiz. Der Kandidat von Die Partei, die sich oft satirischer Mittel bedient, schlug vor, Salzbergbau-Unternehmen zu vergesellschaften – und Gesellschafter sollten die Salzbergbau-Betroffenen werden. „Wenn sie an den immensen Profiten teilhaben können, würden die vielleicht auch anders darüber nachdenken, wenn ihre Dörfer und Naturräume dadurch zerstört werden. Dann ist man vielleicht bereit, darüber hinwegzusehen.“

Die Landtagskandidaten treffen am Donnerstag, 28. April, im Großen Saal vom Hotel van Bebbler in Xanten erneut aufeinander. Die Podiumsdiskussion wird dann von der Volksbank Niederrhein und der Rheinischen Post organisiert. Anmeldungen unter sandra.mueller-gruene@volksbank-niederrhein.de.

(wer)

Es sind noch keine Kommentare vorhanden.